

Es gilt das gesprochene Wort!

Landtag Mecklenburg-Vorpommern  
Fraktion DIE LINKE

Mittwoch, 12. Juli 2023

MdL Steffi Pulz-Debler

### **TOP 23**

Beratung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**Vorhandenes Arbeits- und Fachkräftepotenzial ausschöpfen:**

**„Spurwechsel“ in Mecklenburg-Vorpommern unterstützen**

**[- Drucksache 8/2330 -](#)**

Sehr geehrte Frau Präsidentin  
liebe Kolleg\*innen Abgeordnete,

die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN möchte mit ihrem Antrag erreichen, dass das Land, also genauer gesagt die Landesregierung, den sogenannten Spurwechsel unterstützt, also den Wechsel vom Asylverfahren in begrenzte Fachkraft- bzw. Erfahrungstitel mit Stichtag 29. März 2023, wie es im reinsten bürokratiedeutsch im Gesetz so schön heißt.

Warum Sie sich mit Ihrem Antrag nur auf dieses eine Element des Gesetzes zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung beziehen und die anderen außen vorlassen, das bleibt wohl Ihr Geheimnis, aber sei's drum.

Zum Gesetz insgesamt sowie zum Antrag und seinen Unzulänglichkeiten hat der Minister schon ausgeführt. Ich möchte aus Sicht meiner Fraktion einige Ausführungen bekräftigen und unsere Position hinzufügen.

Leider mussten wir in den 16 Jahren CDU-geführter Bundesregierungen erfahren, dass diese Regierungen dem absehbaren Fachkräftemangel nur unzureichend entgegengetreten sind – das gilt sowohl für die Fachkräftegewinnung im Inland wie auch im Ausland. Im Ergebnis fehlen der Bundesrepublik Deutschland schon heute hunderttausende Fach- und Arbeitskräfte und diese Entwicklung wird sich in den nächsten Jahren noch verstärken.

Die Anerkennungsverfahren für ausländische Fachkräfte sind in höchstem Maße bürokratisch, dauern ewig und schrecken eher ab, mit dem Familiennachzug klappt es auch nicht und die Stimmung im Land ist in zunehmendem Maße nicht einladend, sondern abweisend.

Das sind die Probleme, die die Bundesrepublik Deutschland im internationalen Wettbewerb um Fachkräfte nicht gerade zum Ziel und zum Einwanderungsland Nummer eins machen.

Nun will die aktuelle Bundesregierung das ändern, und zudem auch Geflüchteten die Arbeitsaufnahme ermöglichen. Der Minister hat auch auf die Unzulänglichkeiten des Gesetzes schon hingewiesen. Der Spurwechsel zum Beispiel gilt nur für Asylsuchende, die am 29. März 2023 schon bei uns im Land waren und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hat weder das Geld noch die personellen und sonstigen Ressourcen, um die Forderungen des Antrags zu erfüllen.

Wissen Sie, was mich stutzig macht, wenn das BAMF, das jetzt schon unterfinanziert und überfordert ist, ohne zusätzliche Mittel zusätzliche Aufgaben übertragen bekommt, dann ist das Vorhaben schon vor dem Start zum Scheitern verurteilt.

Die Bundesrepublik Deutschland kann, wenn alles gut läuft, irgendwann nach der Anlaufphase vielleicht eine Zahl von bis zu 75.000 Fachkräften pro Jahr erreichen, auf Mecklenburg-Vorpommern kämen dann vielleicht bis zu 1.500. Uns fehlen aber schon heute mehr als 30.000 Fach- und Arbeitskräfte und diese Lücke steigt bis zum Jahr 2030 voraussichtlich auf über 40.000.

Was wir also brauchen, das ist ein rigoroses Umdenken. Wir brauchen bessere Bildungschancen für unsere Kinder und Jugendlichen. An der Stelle ein sarkastisches dickes Dankeschön an die FDP für die Blockade der Kindergrundsicherung. Wir brauchen bessere Arbeitsbedingungen in den Unternehmen und Institutionen.

Und wir brauchen eine grundlegende Entbürokratisierung der Zuwanderung in unser Land, einschließlich eines progressiven Asylrechts.

Was wir nicht brauchen, das sind Ressentiments, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU – diese zu bedienen, das sollten Sie nun wirklich der AfD überlassen – nein, was wir brauchen, das ist eine echte Willkommenskultur.

Wissen Sie, was ich richtig toll finden würde, wenn wir den Vorschlag des Thüringischen Ministerpräsidenten umsetzen würden und wir alle Flüchtlinge, die nach 2014 bei uns angekommen sind und die das wollen und sich in dieser Zeit nichts zuschulden haben kommen lassen, pauschal anerkennen würden.

Das würde diesen Menschen nicht nur eine lebenswerte Perspektive eröffnen und unsere Wirtschaft stärken, sondern auch die Ausländerbehörden immens entlasten.

Ihren Antrag, Kolleg\*innen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnen wir ab.  
Vielen Dank.